

Delbrück gegen Rheinbaben.

Diesem Ministerium keine Steuern!

Es muß weit in Preußen gekommen sein, wenn schon ein hochbetragter Professor die Staatsbürger auffordert, keine Steuern zu zahlen, also zur Schaffung eines neuen Protektes gegen die Regierung, wovon bisher nur Demokraten und Sozialdemokraten Gebrauch gemacht haben.

Delbrück berechnete ferner, daß in den Einnahmen der preussischen Einkommensteuer 63 Milliarden bei der Veranlagung nicht berücksichtigt werden. Die Berechnung erregte Aufsehen. Sie ist manigfaltig nachgeprüft worden.

Zunächst sind zwei Oberverwaltungsgerichtsräte, die im Steuerfach gearbeitet haben, Herr Wenzel in den "Preussischen Jahrbüchern" und Herr Falkenhahn in der "Zeit", nacheinander aufgetreten und haben die völlige Angünstigkeit des jetzigen Veranlagungssystems, namentlich die völlig unmögliche Stellung, die dem Landrat darin zuzukommen ist, ausgeführt.

Man hat sich nun der Finanzminister bei der zweiten Sitzung des Staatsrats. Trotzdem er im September einen solchen Erlaß an die Steuerbehörden herumschickte, daß die Abstände bei der Veranlagung schlieglich beibehalten werden müßten, erklärt er jetzt auf einmal, daß alles in besserer Ordnung sei.

Man hat sich nun der Finanzminister bei der zweiten Sitzung des Staatsrats. Trotzdem er im September einen solchen Erlaß an die Steuerbehörden herumschickte, daß die Abstände bei der Veranlagung schlieglich beibehalten werden müßten, erklärt er jetzt auf einmal, daß alles in besserer Ordnung sei.

Man hat sich nun der Finanzminister bei der zweiten Sitzung des Staatsrats. Trotzdem er im September einen solchen Erlaß an die Steuerbehörden herumschickte, daß die Abstände bei der Veranlagung schlieglich beibehalten werden müßten, erklärt er jetzt auf einmal, daß alles in besserer Ordnung sei.

Eine neue Landtagswahl in Berlin.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Hugo Heimann hat sich aus Gesundheitsrücksichten genötigt gesehen, das Mandat zum preussischen Abgeordnetenhaus niederzulegen und zugleich seine Kandidatur in der Berliner Stadtverordnetenversammlung einzuziehen.

Da die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten in diesem Wahlkreis abfallen läßt, so wird wohl eine Ersatzwahl nicht so bald angeordnet werden.

Die Konservativen unter sich.

Zu einer beispiellos häßlichen Auseinandersetzung kam es gestern Abend in einer Versammlung, die die konservative Vereinigung nach den Doppelwahlen in Moabit einberufen hatte.

Die Neuerung des Reichstagsabgeordneten v. Eldenburg.

Reiferte und dabei hervorgehoben, daß, was sich mit einer solchen Rede, mit solchen Worten und Wägen auf den Standpunkt eines unabhängigen Politikers stellen will, das Recht verweigert habe, sich ein Deutscher zu nennen, er sich für einen Reichstagsabgeordneten zu erklären.

Die Veranlagung zu Steuern.

Diese Neuerung und die Ankündigung des Schlußes der Debatte über den Vorlesungen, daß bei dem Zutritt einer ordnungsmäßigen Führung der Verhandlung nicht möglich sei, steigerte die Erregung auf höchste Reizpunkte.

„Vergewaltigung“, „Anedelung“, „Unerschöpfung“.

Schrieben durch den Saal. Die Folge davon war, daß zunächst Herr Schöne des Saales vertrieben wurde, Herr Zimmer und Herr Goll trat daselbst ein.

Friedrich Reher, einer der ersten Vorkämpfer der Sozialdemokratie, der in den zwanzigsten Jahren Kommunistenpredigt des Jahres 1882 verurteilt war und in dreizehner Gefängnisstrafe verurteilt wurde, ist am 1. d. M. in London 63 Jahre alt gestorben.

Die Balaanwirren.

Ein englisches Geschwader im Pirat.

Der Ernst der Situation in Griechenland wird am deutlichsten durch das nachstehende Telegramm aus Malta illustriert:

Ein englisches Geschwader, bestehend aus einem Panzerschiff, drei Kreuzern und vier Torpedobootzerstörern ist unter dem Befehl des Kontradmiraals Callaghan nach dem Pirat aus abgegangen.

Wenn die englische Regierung ein so starkes Geschwader nach dem Pirat entsendet, so muß sie die Befürchtung haben, daß die persönliche Sicherheit des Königs gefährdet ist.

Nach Mitteilungen aus Konstantinopel erklärt man dort mit aller Bestimmtheit, daß die Spannung zwischen der Türkei und Griechenland hinsichtlich zum Krieges führen muß, wenn Areta Abgeordnete zur griechischen Nationalversammlung entsende und diese dort zugelassen würden.

Dem „Echo de Paris“ zufolge sollen die Engländer sogar den Gedanken erwecken, internationale Truppen nach Griechenland zu senden.

Die türkischen Rüstungen.

Nach einem Telegramm aus Saloniki sind dort gestern die Rekrutierungsjahre 1904 bis 1905 in Stärke von 20,000 bis 25,000 Mann einberufen worden.

Abberufung der griechischen Gesandten.

Wie aus Athen berichtet wird, hat die griechische Regierung beschlossen, die Leiter der diplomatischen Vertretungen Griechenlands aus den verschiedenen europäischen Hauptstädten zurückzuberufen und die Legationssekretäre die Befähigung zu beantragen.

Die Waldschlächterei im Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 3. Februar, im Ministerth: v. Kr. im, W. E. Der Herr Abgeordnete Dr. Bergmann (Soz.) hat sein Mandat niedergelegt hat. Die zweite Beratung des Forstgesetzes wird fortgesetzt bei den Einnahmen, Ziel Jagd. Hierzu liegt der Antrag Bergmann (Soz.) vor, die administrativen Jagdgebiete in Zukunft an den Kreisverwaltungen zu verpachten.

Abg. Serold (Ztr.): Wir lehnen den Antrag ab. Den Ausführungen des Ministers in dieser Sache können wir uns. Es wäre unangebracht, dem Forstpersonal die Freude an der Jagd zu nehmen.

Abg. Tippe (Köln): Mit dieser Frage hängt die Sicherung des Wald- und Jagdgebietes eng zusammen, wenn auch gewisse Vorkommen an diesen Zusammenhängen nicht gänzlich sind.

Abg. Grottel (Köln): Die vierjährige Bemerkungen des Ministers, daß durch die Jagdverordnungen eine gewisse Abhängigkeit des Forstpersonals von den Jagdbahnen eintreten würde, haben in dieser Hinsicht keinen Wert.

Minister v. Kr. im: Es hat mir sehr gefreut, etwas über dieses fagen zu wollen. Ich habe mir überlegen wollen, daß es überall vereinzelte Schwache Charaktere gibt.

Die Waldverkäufe.

Beim Titel „Erlös aus dem Verkauf von Forstgrundstücken“ liegen mehrere Anträge vor. Ein Antrag v. Brandenstein (Köln) erludt um Maßnahmen, die geeignet sind, dahin zu wirken, daß von dem Erlös zu verkaufenden Waldparzellen in der Umgebung vollreicher Städte ein möglichst großer Teil von den an der Erhaltung dieser Wälder interessierten Gemeinden oder Zweckverbänden erworben werden kann.

Abg. v. Brandenstein (Köln) begründet seinen Antrag: Im vorigen Jahre hat der Minister erklärt, daß nur ein Viertel des Erlöses aus dem Verkauf von Forstgrundstücken für die Erhaltung der Wälder zu verwenden, aber nur müßten Grundbesitzer verkaufen. Und die Steuerlast wird dann auch nicht größer sein als heute.

Minister v. Kr. im: Mein Antrag bezieht sich auf die Erhaltung der Wälder für alle Zukunft zu sichern. Wälder in der Nähe einer Großstadt sind so notwendig wie Kanalisation und Wasserleitung, und wie die Kommunen für Kanalisation und Wasserleitung sorgen, müssen sie auch für die Erhaltung der Wälder sorgen. Es kann von der Regierung ein gewisser Druck auf die Gemeinden ausgeübt werden, Wälder zu erwerben. Bedingung bei Verkäufen von Staatswäldern an Gemeinden muß für die Gemeinden sein die dauernde Erhaltung der Wälder. Der Erlös aus dem Verkauf von Forstgrundstücken ist ein wichtiger Faktor für die Erhaltung der Wälder. Der Erlös aus dem Verkauf von Forstgrundstücken ist ein wichtiger Faktor für die Erhaltung der Wälder.

Kein deutsch-amerikanischer Zollkrieg.

Das Berliner Auswärtige Amt läßt folgende offizielle Mitteilung verbreiten: Die Verhandlungen Deutschlands mit den Vereinigten Staaten von Amerika sind so weit gediehen, daß dem Deutschen Reichstag noch heute ein vom Bundesrat genehmigter Gesetzentwurf über die Regelung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen zugehen wird.

Ein Preisaufruf für die Lösung des Mittelhandes.

Nachdem der Konstabler die Frage der Mittelhandes im Reichstag in Bearbeitung genommen hat, wurde in der letzten Plenarsitzung der Reichstag ein Preisaufruf für die Lösung des Mittelhandes beschlossen. Die Einzelheiten werden nächstens veröffentlicht werden.





